



HESSISCHER LANDTAG

06. 12. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend europäische Wirtschafts- und Währungsunion stärken - klare Haushaltsregeln für EU-Staaten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist über die andauernde Staatsverschuldungskrise der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und die Ausweitung ihrer Dimensionen besorgt und versteht die Ängste der Menschen in Hessen, Deutschland und Europa.
2. Der Landtag ist überzeugt, dass Vertrauen in die Europäische Union zurückgewonnen werden kann, wenn sich die Mitgliedstaaten untereinander auf klare und verbindliche Haushaltsregeln einigen. Nur wenn alle Staaten ihre Konsolidierungsbemühungen mit vergleichbarem Engagement durchführen und konsequent einen Weg hin zu soliden Staatsfinanzen beschreiten, werden die Bürger wieder leichter für eine Unterstützung der europäischen Idee zu gewinnen sein.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, jeden notwendigen Beitrag zu leisten, um die europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken und langfristig zukunftsfest zu machen. Dabei müssen insbesondere folgende Grundsätze beachtet werden:
 - die staatliche Verschuldung muss nach oben klar begrenzt sein und in einem ausgewogenen Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Staates stehen;
 - die Mitgliedstaaten der EU müssen ihre jeweilige Wirtschafts- und Fiskalpolitik innerhalb der Gemeinschaft besser koordinieren;
 - dazu erforderliche Vertragsänderungen werden unterstützt, parallel müssen auf Basis der geltenden Verträge erforderliche Maßnahmen ergriffen werden;
 - Rettungs- und Stabilisierungsmaßnahmen müssen unter der Voraussetzung nachhaltiger Strukturreformen zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des jeweiligen Landes stehen und die Gläubiger für das von ihnen eingegangene Risiko mit in Haftung nehmen.
4. Der Landtag lehnt eine Vergemeinschaftung von Schulden in Form von Euro-Bonds strikt ab. Eine Vergemeinschaftung von Schulden fällt nicht unter das Solidaritätsprinzip. Aufgrund eines einheitlichen Zinsniveaus und einer unbegrenzten Haftung wird ein sehr wirksamer Anreiz für solides Haushalten unterlaufen. Eine Vergemeinschaftung von Schulden würde in unangemessener Weise volkswirtschaftlich starke Staaten belasten, ohne dass durch entsprechende Weisungs- und Durchgriffsrechte das Problem der Überschuldung gelöst werden kann. Ebenso werden sogenannte "Elite-Bonds" abgelehnt, die in letzter Konsequenz womöglich eine Spaltung der EU zur Folge hätten.
5. Der Landtag sieht die Kernaufgabe der Europäischen Zentralbank in der Sicherung der Geldwertstabilität. Aufkäufe von Anleihen überschuldeter Staaten dürfen die betroffenen Länder nicht von ihrer Verpflichtung zu einer soliden Geld- und Finanzpolitik entbinden.

6. Der Landtag lehnt eine isolierte Einführung einer Finanztransaktionssteuer innerhalb der Eurozone ab. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer kann wenn überhaupt nur EU-weit erfolgen. Der Finanzplatz Frankfurt mit seinen über 70.000 Mitarbeitern leistet durch die Kreditversorgung der Wirtschaft und erhebliche Steuereinnahmen einen wichtigen Beitrag für unseren Wohlstand in Deutschland. Hessen und der Bundesrepublik als Ganzes würde ein erheblicher Schaden entstehen, wenn bei der Einführung der Steuer dem Finanzplatz Frankfurt ein Wettbewerbsnachteil gegenüber den anderen großen Finanzplätzen zugefügt werden würde.
7. Der Landtag unterstützt die Bundesregierung in ihrem strikten Eintreten für die Etablierung von verlässlichen Regeln, nach denen auch verschuldete Staaten den Weg zu einer soliden Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedsstaaten beschreiten müssen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 6. Dezember 2011

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Blum